

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift über die 14. Sitzung des Finanzausschusses öffentlicher Teil

Merseburg, 27.05.2026

Die Sitzung fand statt:

Datum:	23.04.2026	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	18:01 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	19:20 Uhr	Raum:	Sitzungssaal im Alten Rathaus

Anwesende Mitglieder:

Marcus Turré	Ausschussvorsitzender
Rüdiger Abitzsch	Mitglied
Uwe Arendt	Mitglied
Dr. Halina Czikowsky	Mitglied
Lucas Geyer	Mitglied
Tino Haring	Mitglied
Manuela Krause	Mitglied
Dr. Lutz Kuhne	Mitglied
Peter Lipinski	Mitglied
Stefan Plack	Mitglied
Bernd Seifert	Mitglied

Anwesende der Verwaltung:

Jana Skládal	Amtsleiterin Rechtsamt/ Justiziarin
Carla Büttner	Sitzungsdienst
Sandy Kirchhoff-Weise	Leiterin Amt für Finanzen
Benjamin Ebert	Leiter Rechnungsprüfungsamt
Franka Engel	Sachgebietsleiterin Kita/ Schule
Sebastian Müller-Bahr	Oberbürgermeister

Als Gäste sind anwesend:

Michael Hayn	Stadtratsvorsitzender
Moritz Eichelmann	Stadtratsmitglied

Tagesordnung

TOP	Thema
------------	--------------

	Öffentliche Sitzung
--	----------------------------

1.	Beginn der Sitzung
-----------	---------------------------

1.1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-----	---

1.2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
-----	--

1.3	Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung
-----	--

2.	Beratungen in öffentlicher Sitzung
-----------	---

2.1	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

2.2	Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder
-----	---

2.3	Abschluss der "Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung in Notfällen" unter Mitwirkung des Historischen Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Merseburg 029/BV/26
-----	---

2.4	Fraktionsmittelsatzung 011/BV/26
-----	-------------------------------------

2.5	Deckung von Mehrkosten für Arbeiten an der Außenanlage der Grundschule Am Geiseltal 027/BV/26
-----	--

2.6	Entgeltvereinbarung ab 01/2025 für die katholische Kindertagesstätte "Josefsheim" des Kirchenvorstand-Träger e.V. 023/BV/26
-----	--

2.7	Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen 053/BV/25
-----	--

2.8	Informationen der Stadtverwaltung
-----	-----------------------------------

2.9	Schließung der Sitzung
-----	------------------------

Protokolltext

Öffentlicher Teil

TOP 1. Beginn der Sitzung

Herr Turré eröffnet die 14. Sitzung um 18.01 Uhr.

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Turré stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 11 von 11 Stimmberechtigten anwesend.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Turré fragt nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Es gibt keine. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Turré fragt nach Änderungswünschen und Hinweisen zur Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von Finanz- und Hauptausschuss vom 11.12.2025. Er erteilt Herrn Lipinski das Wort.

Herr Lipinski weist darauf hin, dass auf Seite 13 bei der Abstimmung zur Gotthardstraße die Stimmen bei dem Abstimmungsergebnis fehlen würden.

Herr Turré stimmt zu. Das Abstimmungsergebnis müsse identisch mit dem darauffolgenden sein. Es seien 10 Ja-Stimmen gewesen. Er fragt nach weiteren Hinweisen zum Protokoll. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

Die Niederschrift vom 11.12.2025 wird einstimmig bestätigt.

Herr Turré fragt, ob es Wortmeldungen zur Sitzung vom 19.02.2026 geben würde. Dies ist nicht der Fall. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11

Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die Niederschrift vom 19.02.2026 wird einstimmig bestätigt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

TOP 2.1 Einwohnerfragestunde

Herr Turré eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18.04 Uhr.

Es gibt keine Fragen.

Herr Turré schließt die Einwohnerfragestunde um 18.04 Uhr.

TOP 2.2 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Turré fragt, ob es Fragen oder Anregungen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.3 Abschluss der "Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung in Notfällen" unter Mitwirkung des Historischen Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Merseburg

Herr Turré eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt, ob es Redebedarf dazu gibt. Dies ist nicht der Fall. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Beschlussvorlage wird einstimmig beschlossen.

TOP 2.4 Fraktionsmittelsatzung

Herr Turré eröffnet den Tagesordnungspunkt

Herr Müller-Bahr erläutert, dass im Hauptausschuss diskutiert worden sei, ob auf eine Fraktionsmittelsatzung verzichtet und stattdessen die Aufwandsentschädigung für Stadtratsmitglieder erhöht werden könne. Die Verwaltung habe dazu ein Informationsblatt erstellt. Nach den Berechnungen der Verwaltung könnte die monatliche Aufwandsentschädigung je Stadtratsmitglied um 12 Euro erhöht werden. Die Fraktionen müssten anschließend intern regeln, wie die Finanzierung ihrer Fraktionsarbeit erfolgt. Eine Fraktionsmittelsatzung sei nicht zwingend notwendig. Mit der Erhöhung um 12 Euro, würde die Aufwandsentschädigung auf 167 Euro monatlich steigen und der Höchstbetrag sei weiterhin nicht ausgeschöpft.

Herr Hayn berichtet, dass die CDU-Fraktion darüber diskutiert habe. Insbesondere sei auf den erheblichen Verwaltungsaufwand hingewiesen worden, der sowohl für die Fraktionen als auch die Verwaltung entstehe. Die Fraktion würde sich dafür aussprechen, auf eine neue Fraktionsmittelsatzung zu verzichten und stattdessen die monatliche Aufwandsentschädigung um 12 Euro zu erhöhen.

Herr Eichelmann spricht sich gegen diesen Vorschlag aus. Er verweist auf die angespannte Haushaltslage der Stadt, die noch ausstehenden Jahresabschlüsse und die noch nicht vorliegende Haushaltsgenehmigung. Eine weitere Erhöhung der Aufwandsentschädigungen würde ein falsches Signal an die Bürgerinnen und Bürger senden. Zudem führe die vorgeschlagene Regelung nicht zu mehr Transparenz, da die Verwendung der Mittel durch die Fraktionen dann nicht mehr nachvollziehbar sei. Er spricht sich daher gegen die Erhöhung der Aufwandsentschädigung aus.

Frau Dr. Czikowsky erläutert, dass der Vorschlag für die neue Fraktionsmittelsatzung einen unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand verursache. Insbesondere die halbjährlichen Abrechnungen stünden aus ihrer Sicht in keinem angemessenen Verhältnis zur Höhe der bereitgestellten Mittel. Die bisherige Praxis habe funktioniert und die Fraktionsmittel seien ordnungsgemäß abgerechnet worden. In Bezug auf Herrn Eichelmann sagt sie, dass durch die vorgeschlagene Regelung keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt würden. Vielmehr handele es sich um eine Umverteilung der bisher für Fraktionsmittel vorgesehenen Gelder auf die einzelnen Stadtratsmitglieder. Eine Erhöhung der Gesamtausgaben entstehe dadurch nicht.

Herr Eichelmann entgegnet, dass aus seiner Sicht weiterhin ungeklärt sei, weshalb die vorgeschlagene Regelung als Verbesserung angesehen werde. Er stellt die Frage, ob die Fraktionen die ihnen bisher zur Verfügung stehenden Mittel überhaupt vollständig ausschöpften und ob tatsächlich ein entsprechender Bedarf bestehe. Er erläutert, dass die Fraktionsmittel keinen entscheidenden Beitrag zur Arbeitsfähigkeit des Stadtrates leisten würden. Sollte die Fraktionsmittelsatzung als zu bürokratisch angesehen werden, könne auch vollständig auf entsprechende Mittel verzichtet werden. Dies würde zugleich zu einer Entlastung des städtischen Haushaltes beitragen.

Herr Turré widerspricht der Darstellung, die Fraktionen verfügten über erhebliche finanzielle Mittel. Er verweist darauf, dass kleinere Fraktionen lediglich über sehr geringe monatliche Beträge verfügten. Am Beispiel seiner Fraktion erläutert er, dass die monatlichen Fraktionsmittel bei 94 Euro lägen. Eine Finanzierung von Personal oder umfangreichen Leistungen sei damit nicht möglich. Für ihn gehe es bei der aktuellen Diskussion nicht um eine finanzielle Besserstellung der Stadtratsmitglieder oder Fraktionen, sondern ausschließlich um eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe.

Frau Krause berichtet, dass ihre Fraktion zu Jahresbeginn nicht verwendete Fraktionsmittel an die Stadt zurückzahlen musste. Die Fraktion spreche sich daher für einen Verzicht auf Fraktionsmittel aus und rege an, die dadurch eingesparten Mittel für das Kegelparadies zu verwenden.

Herr Turré erteilt Herrn Seifert das Wort.

Herr Seifert spricht sich für eine Entbürokratisierung aus. Er fragt Herrn Eichelmann, ob dieser sich mit dem Prozess der Abrechnung auseinandergesetzt hätte. Er persönlich könne auf die 12 Euro aber verzichten.

Frau Dr. Czikowsky bemerkt, dass Ehrenämter gesellschaftlich wenig Anerkennung finden würden. Die Aufwandsentschädigung sei symbolisch. Sie würde nicht auf die Gelder verzichten wollen.

Herr Eichelmann antwortet auf Herrn Seifert, dass er wisse, wie die Fraktionsmittel abgerechnet werden würden. Er habe ein Problem mit der Fraktionsmittelsatzung und spricht sich für die Streichung dieser aus. Aus seiner Sicht wäre es die richtige Symbolpolitik, die 12 Euro zu sparen. Er weist darauf hin, dass einige auch Gelder durch die Aufsichtsräte erhalten würden. Bereits 2024 sei über das Thema diskutiert worden. Ehrenämter seien wichtig, aber viele Ehrenämter würden gar kein Geld erhalten. Er sei gegen die pauschale Erhöhung und für die Streichung der Fraktionsmittelsatzung.

Herr Turré stellt die vorliegende Beschlussvorlage zur Neufassung der Fraktionsmittelsatzung zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	0
Nein-Stimmen	11
Enthaltungen	0

Die Beschlussvorlage wird einstimmig abgelehnt.

Herr Turré stellt zur Abstimmung, die monatliche Aufwandsentschädigung der Stadtratsmitglieder von 155 Euro auf 167 Euro zu erhöhen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	5
Enthaltungen	1

Der Beschlussvorschlag wird abgelehnt.

Herr Turré erklärt, dass weder die Neufassung der Fraktionsmittelsatzung noch die vorgeschlagene Erhöhung der Aufwandsentschädigung eine Mehrheit gefunden haben. Eine Beschlussempfehlung des Ausschusses liegt somit nicht vor.

Herr Müller-Bahr dankt für die Diskussion und kündigt an, dass die Verwaltung die Ergebnisse auswerten und einen neuen Vorschlag erarbeiten werde. Er weist darauf hin, dass die bisherige Satzung aus rechtlichen Gründen nicht fortgeführt werden könne und daher eine neue Regelung erforderlich sei.

Herr Turré bemerkt, dass nach geltender Rechtslage die bisherige Fraktionsmittelsatzung weiterhin Anwendung finde, solange keine anderslautende Regelung beschlossen werde. Er bittet die Verwaltung um einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Herr Müller-Bahr formuliert den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

„Der Stadtrat beschließt das außer Kraft treten der bisherigen Fraktionsmittelsatzung zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens.“

Herr Turré stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Beschlussvorschlag zur Aufhebung der bisherigen Fraktionsmittelsatzung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2.5 Deckung von Mehrkosten für Arbeiten an der Außenanlage der Grundschule Am Geiseltalor

Herr Turré eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt Herrn Gatzlaff das Wort.

Herr Gatzlaff erläutert die Beschlussvorlage. Im Zuge der geplanten Arbeiten an den Außenanlagen der Grundschule Am Geiseltalor seien zusätzliche Maßnahmen an der Entwässerungs- und Abwasserinfrastruktur erforderlich geworden. Es würden Mehrkosten in Höhe von 240 000 Euro entstehen. Die Verwaltung schlägt vor, diese Mehrkosten durch Mittel aus der Investitionsmaßnahme „Zentraler Betriebshof – Lagerhalle“ zu decken. Die dort entstehenden Fehlbeträge sollen zu einem späteren Zeitpunkt, entweder über den Haushalt oder durch mögliche Bedarfszuweisungen wieder ausgeglichen werden.

Herr Turré fragt nach der sprachlichen Konkretisierung.

Der korrekte Beschlusstext lautet nun:

„Der Finanzausschuss beschließt, die Mehrkosten in Höhe von 240.000 € für die Arbeiten an der Außenanlage der Grundschule Am Geiseltalor (I-Nr. 502203) zu genehmigen und als Deckung die 1-502419 Zentraler Betriebshof Lagerhalle (Planansätze aus 2025 und 2026) herangezogen wird.“

Die nunmehr fehlenden Mittel in Höhe von 240.000 € bei der 1-502419 sind zum nächstmöglichen Termin wieder aufzufüllen (entweder mit HH-Plan 2028) oder durch vom Land avisierten, im HH-Plan 2026 nicht enthaltenen Bedarfszuweisungen gemäß 817 FAG in 2026.“

Frau Dr. Czikowsky fragt nach dem Zeitplan der Baumaßnahmen und den Auswirkungen auf die Nutzung der Turnhalle.

Herr Gatzlaff antwortet, dass ein neuer Termin noch nicht feststehen würde.

Frau Dr. Czikowsky fragt, ob die Turnhalle jetzt wieder genutzt werden könne.

Herr Gatzlaff antwortet, dass er dies nicht zusagen könne, aber das Anliegen mitnehmen und klären lassen werde.

Herr Schüller ergänzt, dass die Turnhalle bis zum Beginn der Baumaßnahmen wieder für den Vereins- und Schulbetrieb freigegeben sei. Die Nutzer seien darüber informiert worden. Wann wieder gesperrt werden würde, könne er noch nicht sagen.

Herr Turré weist darauf hin, dass der Bildungsausschuss der Vorlage bereits zugestimmt habe. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Beschlussvorlage wird einstimmig zugestimmt.

TOP 2.6 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 für die katholische Kindertagesstätte "Josefsheim" des Kirchenvorstand-Träger e.V.

Herr Turré eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt, ob es Wortmeldungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	5

Die Beschlussvorlage wird einstimmig beschlossen.

TOP 2.7 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen

Herr Turré erläutert, dass das Thema bereits ausgiebig diskutiert worden sei. Der Finanzausschuss habe am 18.09.2025 bereits einen Beschluss gefasst. Der Bildungsausschuss habe zuletzt die einzelnen Beschlusspunkte getrennt abgestimmt. Die ersten beiden Punkte seien mehrheitlich bestätigt worden, während die weiteren Punkte aufgrund eines Patt-Ergebnisses keine Mehrheit gefunden hätten.

Frau Krause erläutert, dass sie von Anfang an Zweifel an der Wirksamkeit der Arbeitsgruppe gehabt hätte. Die Fraktionen der AfD und Die Linke hätten von Anfang an eine klare Position gehabt. Das Verhalten von anderen Fraktionen sei schlecht für die Außenwirkung des Stadtrats.

Frau Dr. Czikowsky fragt, warum der Beschlussvorschlag aus dem Bildungsausschuss nicht genauso im Finanzausschuss nochmal abgestimmt werden könne. Ihre Fraktion habe einen Änderungsvorschlag für den dritten Absatz. Das Thema würde seit 2017 diskutiert werden und solle nun final abgeschlossen werden.

Herr Turré antwortet, dass der Beschlussvorschlag der Beschlusstext des Finanzausschusses vom 18.09.2025 gewesen sei. Der Beschluss des Finanzausschusses vom 18.09. sei für ihn gültig. Der Dissens sei nur bei der Frage nach wie vielen und welchen Einrichtungen und nach den Kompetenzen der Stadtverwaltung.

Herr Hayn weist, insbesondere für das Protokoll, darauf hin, dass der Beschluss des Finanzausschusses vom 18.09.2025 Bestand hat.

Herr Turré bemerkt, dass dies der Fall ist, solange es keinen Antrag auf Widerruf geben würde. Der Antrag des Finanzausschusses sei weitergehend als der, der Verwaltung und der Fraktion Die Linke.

Herr Müller-Bahr erläutert, dass es bei dem Thema seit Jahren eine Patt-Situation geben würde. Der Stadtrat müsse nun final darüber abstimmen.

Herr Turré stimmt zu. Die Abstimmungen in den Ausschüssen seien Empfehlungen und final müsse der Stadtrat dies entscheiden.

Frau Krause stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Herr Seifert hält eine Gegenrede. Er betont die Notwendigkeit einer Positionierung des Finanzausschusses. Aus seiner Sicht müsse nun eine Entscheidung über die grundsätzliche Ausrichtung getroffen werden. Dabei verweist er insbesondere auf die bisherigen Beratungen sowie die Erfahrungen anderer Kommunen mit einem Eigenbetrieb.

Frau Krause fordert, dass die Abstimmung absatzweise, wie im Bildungsausschuss, erfolgen solle.

Herr Haring bemerkt, dass es bereits einen Beschluss des Finanzausschuss geben würde. Er fragt, ob dieser vor einer erneuten Abstimmung aufgehoben werden müsste.

Herr Gatzlaff erläutert, den generellen Ablauf von Abstimmungsprozessen. Er bemerkt, dass Änderungsanträge in Ausschüssen die anderen Ausschüsse nicht daran binden würde. Fraglich sei, ob die SPD den Änderungsantrag erneut einbringen wollen oder ob der Ausschuss sich mit dem Thema erneut beschäftigen wollen würde.

Herr Turré erläutert, dass er die Abstimmung wie im Bildungsausschuss durchführen werde. Der Änderungsantrag der Fraktion SPD/ Bündnisgrüne aus dem Finanzausschuss vom 18.09.2025 werde absatzweise abgestimmt.

1. die Leihverträge der Träger Kinderland Merseburg gGmbH zum 31.12.2028 und SDA AWO gGmbH zum 31.12.2029 nicht fortzuführen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	3
Enthaltungen	0

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich die Zustimmung.

2. Um eine möglichst gute Kostensicherheit im Produkt „Kindertagesstätten“ zu erhalten, sind Kindertageseinrichtungen in städtische Trägerschaft zu überführen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	1

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich die Zustimmung.

3. Hierzu wird die Stadtverwaltung beauftragt, einen Eigenbetrieb Kindertagesstätten zu gründen*. Es wird ein Vorschlag zur Auswahl von einzelnen, strategisch bedeutsamen Referenzeinrichtungen vorgelegt, welche durch den Eigenbetrieb betrieben werden sollen.

Frau Dr. Czikowsky bringt einen Änderungsantrag ein, dass der zweite Satz wie folgt geändert wird: „Sollte die Einbindung eines Eigenbetriebes nicht umsetzbar sein, bleiben die Einrichtungen bei der Stadt.“

Herr Turré antwortet, dass dies nicht möglich sei, da man erst nach mehreren Jahren feststellen könnte, dass ein Eigenbetrieb nicht klappen würde.

Frau Dr. Czikowsky zieht den Änderungsantrag zurück.

Herr Turré setzt die Abstimmung vom dritten Absatz fort.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	5
Enthaltungen	1

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Ablehnung.

4. Der Betrieb aller übrigen Einrichtungen sind im Rahmen üblicher Vergabeverfahren mittelfristig (maximal fünf Jahre) auszuschreiben.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	4
Enthaltungen	0

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich die Zustimmung.

Herr Turré lässt über die Beschlussvorlage 053/BV/25 der Stadtverwaltung abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	6
Enthaltungen	0

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich die Ablehnung.

TOP 2.8 Informationen der Stadtverwaltung

Herr Müller-Bahr berichtet, dass Frau Kirchhoff-Weise den Jahresabschluss 2021 zur Prüfung an das Rechnungsprüfungsamt übergeben habe. Im kommenden Monat sei die Fertigstellung des Jahresabschluss 2022 geplant. Die Fehlstellungen von 2022-2024 würden im Abschluss von 2025 korrigiert werden. Mit Abgabe des Abschlusses von 2024 könne dann der Haushalt vollzogen werden, dies sei für dieses Jahr noch geplant.

Herr Gatzlaff berichtet über neue Informationen zur Situation im Kegelparadies anhand einer Präsentation. Diese liegt als Anlage bei. Am 18.06. um 16 Uhr werde eine Begehung für die Stadträte und Ausschussmitglieder stattfinden.

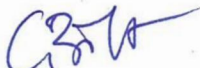
Herr Turré fragt nach weiteren Wortmeldungen. Es gibt keine.

TOP 2.9 Schließung der Sitzung

Herr Turré schließt die öffentliche Sitzung um 19.20 Uhr.



Marcus Turré
Ausschussvorsitzender



Carla Büttner
Protokollantin



Merseburg

Stadt Merseburg

Kegelparadies – wie weiter?

Auswirkungen unerwarteter Baumaßnahmen

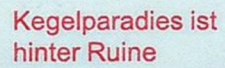
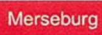
Bürgermeister Bellay Gatzlaff



Merseburg

Ausgangslage

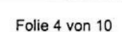
- MIDEWA GmbH will auf ihrem Betriebsgrundstück Weißenfelser Str. 74 neuen Verwaltungssitz errichten und erneuert deshalb Ver- und Entsorgungsleitungen
- städtisches Kegelparadies wird über Grundstück der MIDEWA ver- und entsorgt
- MIDEWA fordert (korrekter Weise) Beteiligung der Stadt an Erneuerungskosten der Entsorgungsleitungen
- Kosten betragen 72.000 €
- städtischer Anteil wäre Gegenstand von Verhandlungen



Folie 3 von 10



Leitungen





Merseburg

Zustand Kegelparadies



Präsentation erstellt durch Bellay Gatzlaff für Bildungsausschuss am 20.04.2026 und Finanzausschuss am 23.04.2026 zu Kegelparadies

Folie 5 von 10



Merseburg

Entscheidungsprämissen

- Kegelparadies baufällig
- Kegelanlage veraltet und reparaturanfällig
- nutzende Vereine haben kaum Kinder und Jugendliche
hohes Durchschnittsalter, geringe Mitgliederzahl
(laut KSB 31 Kegler*innen bei Postsportverein, 23 Freizeit-Kegler*innen bei Kegelsportvereinigung 96)
- MIDEWA erneuert für 72.000 € nur 27 m, weitere ca. 70 m müsste Stadt erneuern mit mindestens gleichen Kosten (allerdings Zeitpunkt ungewiss)
- MIDEWA möchte auf keinen Fall Totengräber des Kegelparadies sein
- weder Vereine noch Pächterin wollten Kegelparadies bisher übernehmen
- Stadt hat weder personelle noch finanzielle Ressourcen geplant oder übrig



Nutzung Kegelparadies

- KSV 96 mittwochs 4 Bahnen 15:00 - 20:30 Uhr
Freizeitkegeln auf den anderen 4 Bahnen
- Postsportverein donnerstags 4 Bahnen 15:30 – 21:30 Uhr
Freizeitkegeln auf den anderen 4 Bahnen
- Mo, Di, Fr, Sa, So geschlossen,
wenn nicht für besondere Anlässe (z. B. Geburtstage) gemietet
- Wettkämpfe in 2025 an 12 Tagen
- Weitere Informationen der Pächterin auf
<https://www.kegelparadies-merseburg.de>



Kosten Kegelparadies 2025

- Personalkosten für Techniker vor Ort
8h pro Woche
pro Jahr
47.273,56 € x 20% (Anteil Kegelparadies) x 1,23 (Arbeitsgeberanteil Sozialversicherung) 11.629,30 €
- Betriebskosten über Amt 50 19.679,33 €
- Kosten über Amt 80 4.361,48 €
- abzüglich Erstattung durch Pächterin - 4.781,15 €
- Gesamtkosten, die die Stadt trägt in 2025 **30.888,96 €**



Merseburg

Was ist zu entscheiden?

- Wieviel Geld will die Stadt in das Kegelparadies stecken?
 - a) Anteil an Entsorgungserneuerung MIDEWA, aber keine weiteren Investitionen (**Sterben auf Raten zu ungewissen Zeitpunkten, alle zwischenzeitlichen Finanzierungen wären rausgeschmissenes Geld**)
 - b) vollständige Ersatzinvestition (sowohl baulich als auch technisch)
Welche geplanten Projekte sollen dafür wegfallen?
 - c) Schließung Kegelparadies, wenn keine Übernahme durch Pächterin oder Vereine (Verweis auf die übrigen Kegelbahnen in der Stadt oder nach **Mücheln** und **Schkopau**)

Fraktionen bilden sich bitte eine Meinung bis zu den Ausschuss-Sitzungen am 15. und 18. Juni 2026 (**Begehungstermin vor Ort am 18.06.2026**)



Merseburg

Ende

Ende der Präsentation

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
und Ihr Interesse